



Jahresbericht 2005

Der *Interkulturelle Rat* in Deutschland hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch seine Arbeit das friedliche interkulturelle und interreligiöse Zusammenleben in Deutschland zu fördern. Das gleichberechtigte Zusammenleben Aller bedarf ständiger Aushandlungsprozesse, zu denen der *Interkulturelle Rat* durch die Initiierung von Runden Tischen und Gesprächsforen, durch eigene Stellungnahmen zu integrations- und migrationsrelevanten Themen und durch seine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag leisten will. Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte unserer Arbeit auf folgenden Themenfeldern:

1. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

a) Projekt 21. März – Internationale Woche gegen Rassismus

Anlässlich des Anti-Rassismustages der Vereinten Nationen am 21. März organisierte der *Interkulturelle Rat* wie schon in den Jahren zuvor die *Internationale Woche gegen Rassismus*, die vom 14.-21. März 2005 stattfand. Neben einem Aktionsplakat wurde auch eine Broschüre erarbeitet, in der Ideen und Anregungen für Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus zusammengestellt waren. Die Materialien wurden interessierten Bildungsinstitutionen und anderen Organisationen und Einrichtungen kostenlos zur Verfügung gestellt. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützten die *Internationale Woche gegen Rassismus* und organisierten eigene Veranstaltungen und Aktionen. Der Interkulturelle Rat hat in Rüsselsheim in Zusammenarbeit mit der Stadt Rüsselsheim und Lions Clubs International anlässlich des 21. März unter dem Titel „Musik, Satire, Tanz zur Internationalen Woche gegen Rassismus“ eine eigene Kulturveranstaltung durchgeführt.

Die Unklarheit bezüglich einer Förderung in den Monaten Januar und Februar 2005 sowie die Eigenmittel, die der Interkulturelle Rat zur Sicherstellung der Projektarbeit in diesem Zeitraum aufwenden musste, haben die Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Woche gegen Rassismus 2005 beeinträchtigt. Dennoch fanden bundesweit im Jahr 2005 etwa 200 Veranstaltungen in Schulen, Theatern, Vereinen, Museen und anderen Einrichtungen statt. Auch im Jahr 2005 hat die Internationale Woche gegen Rassismus ein beachtliches Medienecho gefunden. Dem Interkulturellen Rat liegen insgesamt mehr als 50 Artikel und Hinweise vor, die in Druck- oder Onlineausgaben der Tagespresse die Internationale Woche gegen Rassismus thematisierten bzw. auf einzelne Veranstaltungen hinwiesen oder über einzelne Veranstaltungen berichteten.

Seit dem 1. März 2005 wurde das Projekt im Rahmen des entimon-Programms der Bundesregierung gefördert. Die Durchführung und Dokumentation der Internationalen Woche gegen Rassismus 2005 sowie die Vorbereitung der Aktionswoche 2006 konnten deshalb und Dank der finanziellen Unterstützung folgender Organisationen und Einrichtungen gewährleistet werden: Forum gegen Rassismus, Fonds zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), IG Metall, Deutscher Fußball-Bund, Westdeutscher Rundfunk, Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger, Deutscher Gewerkschaftsbund, Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, Deutscher Bundesjugendring, Lions Clubs International, Verband binationaler Familien und Partnerschaften sowie Förderer des Interkulturellen Rates.



Zur Vorbereitung der Aktionswoche 2006 hatten *Interkultureller Rat* und das *Forum gegen Rassismus* am 13. Oktober 2005 zu einer Tagung nach Weimar eingeladen. Auf dem Programm stand neben den Planungen für das Jahr 2006 auch die Auswertung der Aktionswoche 2005. In der Geschäftsstelle wurde eine ausführliche Dokumentation der Aktivitäten des *Interkulturellen Rates* im Rahmen seines Projekts „21. März/Internationale Woche gegen Rassismus“ erarbeitet, die auf unserer Homepage unter folgender Adresse einzusehen ist:

www.interkultureller-rat.de/Aktionen/21_Maerz/Aktionen_IWgR-2006-Tagung.shtml

Erarbeitet wurden im Berichtszeitraum auch das Aktionsplakat für die Internationale Woche gegen Rassismus im Jahre 2006, eine 80-seitige Broschüre, die zielgruppenorientiert Ideen und Anregungen für Veranstaltungen und Materialien zum Themenfeld Rassismus und Diskriminierung zur Verfügung stellt sowie ein 12-seitiges Leporello, das über die Hintergründe und Aktionsmöglichkeiten im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus informiert. Eigene Handzettel wurden zudem mit PRO ASYL, der IG Bergbau, Chemie, Energie, Lions Clus International und dem Projekt „Weißt Du wer ich bin?“ bei der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) erarbeitet und ausgesendet. Die aktuelle Nachfrage nach diesen Materialien ist enorm. Der Interkulturelle Rat erhofft sich auch vor diesem Hintergrund im Jahre 2006 eine rege Beteiligung an der Internationalen Woche gegen Rassismus.

Besonders erfreulich ist es, dass es dem *Interkulturellen Rat* im Jahre 2005 gelungen ist, neue Kooperationspartner für das Projekt zu gewinnen. Dabei handelt es sich um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, den Zentralverband des Deutschen Handwerks und den Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Damit konnten Zugänge in gesellschaftliche Bereiche eröffnet werden, die bislang noch nicht erreicht werden konnten.

b) Gremienarbeit

Der *Interkulturelle Rat* hat im Berichtszeitraum regelmäßig im Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern und dem zivilgesellschaftlichen Netz gegen Rassismus mitgearbeitet.

Im Rahmen des Netzes gegen Rassismus wurde im Jahre 2005 die Umsetzung des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes kritisch begleitet. Gegenstand der Beratungen waren u.a. die Frage der Kettenduldungen und der Zugang zum Arbeitsmarkt für langjährig Geduldete, Probleme der Konzeption und der Durchführung der Integrationskurse für Neuzuwanderer und bereits in Deutschland lebende Ausländer sowie die vom Bundesinnenministerium und einzelnen Innenministern der Länder angeregte Verschärfung der Kriterien für den Familiennachzug. Im Vorfeld der Bundestagswahlen hat sich das Netz gegen Rassismus gegenüber den im Bundestag vertretenen Parteien zu den Themenfeldern „Überwindung von Rassismus“, „Umsetzung der Antidiskriminierungsregelungen der Europäischen Union“ und „Dialog mit der Zivilgesellschaft“ positioniert und sie nach ihren diesbezüglichen Vorhaben nach der Bundestagswahl befragt. Nach der Bundestagswahl hat das Netz gegen Rassismus in einer ausführlichen Stellungnahme die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarung von Union und SPD kommentiert. An der Erarbeitung beider Papiere hat sich der *Interkulturelle Rat* intensiv beteiligt.



Themen, mit denen der Interkulturelle Rat im Rahmen seiner Gremienarbeit im Forum gegen Rassismus befasst war, waren u.a. die Ergebnisse neuerer Untersuchungen zu fremden- und menschenfeindlichen Einstellungen in der bundesdeutschen Gesellschaft sowie der behördliche Umgang mit ausreisepflichtigen Kindern und Jugendlichen (siehe Punkt 3. „Abschiebungshaft“) und Strategien des Dialoges mit Muslimen in Deutschland (siehe Punkt 5. „Dialog mit Muslimen“).

2. Aktuelle politische Entwicklungen

Im Berichtszeitraum haben die Mitglieder des *Interkulturellen Rates* zum Teil im Dialog mit externen Experten die folgenden politischen Entwicklungen und Ereignisse bearbeitet:

a) Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union

Im Berichtszeitraum hat sich der *Interkulturelle Rat* auf der Grundlage seiner Stellungnahme zur Antidiskriminierungsgesetzgebung vom Oktober 2002 intensiv mit dem Prozess der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union in das nationale deutsche Recht befasst. Den am 16. Dezember 2004 von den Regierungsparteien in den Bundestag eingebrachten Gesetzesentwurf hat der *Interkulturelle Rat* in einer ausführlichen Stellungnahme als ein positives Signal für Migranten und Flüchtlinge begrüßt. In einzelnen Bereichen, insbesondere hinsichtlich der Reichweite des Gesetzes erfülle der Entwurf die Erwartungen, die der Interkulturelle Rat im Jahre 2002 an ein Antidiskriminierungsgesetz gestellt habe, in anderen Bereichen reiße er deutlich die Messlatte menschenrechtlicher Mindeststandards. Die Stellungnahme findet sich auf unserer Homepage unter der Adresse <http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Stellungnahmen/ADG-E-Stellungnahme-IR-Endfassung.pdf>

Gemeinsam mit PRO ASYL hat der Interkulturelle Rat zudem ein vierseitiges Informationspapier „Schutz vor Diskriminierung ist Menschenrecht – Warum wir ein Antidiskriminierungsgesetz brauchen“ erarbeitet, in dem durch konkrete Beispiele erläutert wird, warum die Umsetzung der Richtlinien der Europäischen Union nicht nur europarechtlich geboten, sondern auch gesellschaftspolitisch unverzichtbar ist. Das Flugblatt wurde in einer Auflage von 10.000 Exemplaren an Organisationen und interessierte Einzelpersonen versendet. Es findet sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates unter folgender Adresse:

www.interkultureller-rat.de/Themen/Stellungnahmen/Anti_Diskriminierung.pdf

Der *Interkulturelle Rat* hat bedauert, dass es bis zum vorgezogenen Ende der Legislaturperiode nicht gelungen ist, ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden und in seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nach der Bundestagswahl die neue Bundesregierung dazu aufgefordert, dies ohne weiteren zeitlichen Verzug zu tun. Er wird das diesbezügliche Gesetzgebungsverfahren auch im Jahre 2006 kritisch begleiten.

b) Bundestagswahl 2005 – Aktivitäten des Interkulturellen Rates

- Gemeinsam mit dem Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand und mit PRO ASYL hat der Interkulturelle Rat die politischen Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl in seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch direkte Anschreiben mehrfach dazu aufgefordert, auf fremdenfeindliche Stimmungsmache zu verzichten. Anlass hierfür waren unter anderem die populistischen Äußerungen des Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS, Oskar Lafontaine, zu „Fremdarbeitern“, die Familienvätern und Frauen Arbeitsplätze wegnehmen würden sowie des Bayeri-



schen Innenministers Beckstein, der mit Begrifflichkeiten wie „bestandserhaltender Geburtenrate“ und dem Vorwurf an die alte Bundesregierung hantierte, eine „Multikulturalisierung durch die Hintertür“ zu betreiben.

- In einer gemeinsamen Aktion haben PRO ASYL, der *Interkulturelle Rat* und das Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand die im Bundestag vertretenden Parteien vor der Bundestagswahl nach ihren Positionen und Vorhaben im Bereich der Migrations- und Asylpolitik und der Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus befragt. Den Fragen zugrunde lag die Überzeugung, dass auf Abschottung und Abgrenzung zielende politische Konzepte in der globalisierten Welt die sozialen und ökonomischen Probleme unserer Gesellschaft nicht lösen können. Die Autoren haben gegenüber den politischen Parteien deutlich gemacht, dass Konzepte gefragt seien, die keine Bevölkerungsgruppen ausgrenzen, als Sündenböcke für gesellschaftliche Fehlentwicklungen benötigen oder die Verantwortung für mangelndes Handeln auf imaginäre internationale Strukturen schieben.

Der Fragenkatalog wurde nicht nur den Parteivorsitzenden sondern auch interessierten Organisationen und Einzelpersonen mit der Bitte zugeleitet, diese Fragen an einzelne (Wahlkreis-) Kandidaten zu richten. Der Fragenkatalog findet sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates unter der Adresse <http://www.interkultureller-rat.de/Aktionen/Bundestagswahlkampf/wahlpapier.pdf>.

Alle Parteien haben noch vor der Bundestagswahl umfassend, detailliert und teilweise sehr präzise auf die ihnen gestellten Fragen geantwortet. Die Antworten wurden umfassend dokumentiert und können auf der Homepage des Interkulturellen Rates unter der Adresse <http://www.interkultureller-rat.de/Aktionen/Bundestagswahlkampf/Zusammenfassung.pdf> eingesehen werden.

- PRO ASYL und Interkultureller Rat haben die im Bundestag vertretenen Parteien vor der Bundestagswahl im September 2005 zu Gesprächen über asyl- und migrationspolitische Vorhaben eingeladen. Angenommen haben diese Einladung die SPD, Bündnis '90/Die Grünen und die Linkspartei.PDS. Gespräche wurden u.a. geführt mit Christoph Strässer, MdB (SPD), Omid Nouripour (Vorstandsmitglied Bündnis '90/Die Grünen) und Petra Pau, MdB (Linkspartei.PDS). Neben den asyl- und migrationspolitischen Vorhaben wurde an die Gesprächsteilnehmer auch appelliert, sich parteiintern dafür zu verwenden, dass im Wahlkampf asyl- und migrationspolitische Themen sachlich bearbeitet und nicht zur Mobilisierung tendenziell fremdenfeindlicher Wählerinnen und Wähler missbraucht werden.

Die beteiligten Organisationen nehmen für sich in Anspruch, mit den oben beschriebenen Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet zu haben, dass der Bundestagswahlkampf 2005 nicht auf dem Rücken von Migranten und Flüchtlingen ausgetragen wurde.

c) Gesetzesinitiativen der Bundesländer für ein Kopftuchverbot in Schule und Unterricht

Die politische und gesellschaftliche Debatte, die das „Kopftuch-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2003 losgetreten hat und die von Vorurteilen und Scheinargumenten geprägt ist, dauerte auch im Jahre 2005 an. Initiativen für ein Verbot des Kopftuchs der Lehrerinnen wurden im Berichtszeitraum sowohl in Nord-



rhein-Westfalen als auch in Rheinland-Pfalz gestartet. In Rheinland-Pfalz hat der *Interkulturelle Rates* im Rahmen einer Landtagsanhörung eine diesbezügliche Stellungnahme abgegeben. Darin wurde die Gesetzgebungsinitiative der Landtagsfraktion der CDU als nicht zielführend und diskriminierend bezeichnet. Der Gesetzgeber habe bei der Neubestimmung des Ausmaßes religiöser Bezüge in Schule und Unterricht nur zwei Handlungsalternativen:

Wenn er das Ausmaß religiöser Bezüge beschneiden wolle, um *Konflikte mit Schülern, Eltern oder anderen Lehrkräften von vornherein zu vermeiden*", so müsse diese Restriktion im Sinne der Gleichbehandlung für die religiösen Symbole aller Religionsgemeinschaften gelten. Der *Interkulturelle Rat* habe mehrfach darauf hingewiesen, dass er diesen Weg für falsch halte und dass die wichtige Rolle, die Religion in unserer Gesellschaft und im Prozess der Integration spiele, hierbei nicht ausreichend zur Kenntnis genommen werde.

Wolle er die Schule für das religiöse Bekenntnis auch von Lehrkräften weiter öffnen, so stehe dem Gesetzgeber zur Gefahrenabwehr das geltende rechtliche Instrumentarium zur Verfügung: die Einzelfallprüfung auf der Basis des bestehenden Schulgesetzes und der grundgesetzlich verankerten Aufsicht des Staates über das Schulwesen. Diese bestehenden rechtlichen und gesetzlichen Instrumentarien seien nach Ansicht des *Interkulturellen Rates* ausreichend, um der Gefahr begegnen zu können, dass Lehrerinnen oder Lehrer ihre exponierte Stellung zur Indoktrination von Schutzbefohlenen missbrauchen. Ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf sei daher nicht zu erkennen.

Die Stellungnahme zu dem Entwurf für ein Kopftuchverbotsgesetz in Rheinland-Pfalz, das bislang nicht verabschiedet wurde, senden wir auf Anfrage gerne zu.

3. Abschiebungshaft

Auch 2005 hat der *Interkulturelle Rat* sich intensiv mit dem Thema „Abschiebungshaft in Deutschland“ befasst. Folgende Maßnahmen und Aktivitäten wurden durchgeführt:

- Im Berichtszeitraum wurde die im Jahre 2004 erarbeitete kommentierende Übersicht über die Situation der Abschiebungshaft in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland aktualisiert. Grundlage der Zusammenstellung waren Große und Kleine Anfragen in den Länderparlamenten in den Jahren 2000 bis 2005. Die Übersicht findet sich auf unserer Homepage unter der folgenden Adresse:
www.interkultureller-rat.de/Themen/Abschiebehaft/L%20nderstatistikAbschiebehaft04-05-Endf.pdf
- Anlässlich des Jahrestags zum Gedenken an die Todesopfer in Abschiebungshaft haben *Interkultureller Rat* und PRO ASYL in einer gemeinsamen Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass die gesetzliche Höchstdauer der Abschiebungshaft in Deutschland mit 18 Monaten weiterhin deutlich über den gesetzlichen Regelungen anderer europäischer Staaten liegt, ausreisepflichtige Flüchtlinge in Abschiebungshaft genommen werden, obwohl sie auf unabsehbare Zeit nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden können, Abschiebehäftlinge in vielen Bundesländern noch immer gemeinsam mit verurteilten Straftätern untergebracht werden und traumatisierte und minderjährige Ausreisepflichtige nicht vor der Abschiebungshaft geschützt sind. Vor diesem Hintergrund haben PRO ASYL und *Interkultureller Rat*



gefordert, in der kommenden Legislaturperiode das Thema Abschiebungshaft endlich auf die politische Tagesordnung zu setzen.

- Auf Initiative von *Interkulturellem Rat* und PRO ASYL befasste sich das Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern mit der Situation Minderjähriger in der Abschiebungshaft. Bei den zuständigen Landesinnenministerien wurden Daten zu Minderjährigen in Abschiebungshaft erfragt und zusammengeführt. Die Daten waren Grundlage einer intensiven Diskussion im Rahmen des Forum gegen Rassismus.

4. Dialog mit Muslimen – Das Deutsche Islamforum

Nach den Beobachtungen des *Interkulturellen Rates* und den Ergebnissen aktueller Studien (u.a. Wilhelm Heitmeyer [Hrsg.]: *Deutsche Zustände*, Dezember 2005) nahmen auch im vergangenen Jahr die ablehnenden Haltungen gegenüber dem Islam und Muslimen in der Mehrheitsgesellschaft weiter zu. Der *Interkulturelle Rat* war im Berichtszeitraum darum bemüht, weit verbreiteter Unkenntnis und unbegründeten Ängsten und Vorurteilen entgegenzuwirken und den Dialog zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu fördern. Wichtigstes Instrument hierbei ist das Deutsche Islamforum.

Das Deutsche Islamforum ist ein Projekt der Groeben-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem *Interkulturellen Rat* und dem Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger. Im Islamforum vertreten sind alle relevanten islamischen Gruppierungen in Deutschland sowie Persönlichkeiten aus dem staatlichen Bereich, der Wissenschaft, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. In kritischen und offenen Gesprächen werden Probleme des Zusammenlebens zwischen Muslimen und nicht-muslimischer Mehrheitsgesellschaft erörtert.

Bis Ende 2004 wurden Islamforen auf der Bundesebene, in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, in den neuen Ländern sowie in Düren (NRW) etabliert. Im Berichtszeitraum neu haben sich Islamforen in Bayern und in Berlin gegründet.

Das Deutsche Islamforum tagte in 2005 zweimal zu den Themen „Muslimische Erwartungen an die Integrationspolitik in Deutschland“ sowie „Scharia und Strafrecht“. An der Tagung zu muslimischen Erwartungen an die Integrationspolitik nahm u.a. die Parteivorsitzende von Bündnis '90/Die Grünen, Claudia Roth, teil

Die bis 2004 auf Landesebene konstituierten Islamforen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, den neuen Ländern sowie in Düren (NRW) tagten im Berichtszeitraum regelmäßig. Schwerpunkt der Beratungen waren kreative und präventive Konfliktlösungsmodelle bei Problemen von Muslimen im Schulalltag (u.a. gemeinsame Klassenfahrten und Schulausflüge, Schwimm- und Sportunterricht, Sexualkundeunterricht, das Kopftuch in Schule und Unterricht). Das Hessische Islamforum hat die Ergebnisse dieser Beratungen in einer Handreichung „Muslimische Kinder in der Schule – Informationen und Empfehlungen“ dokumentiert, die am 29. Juni 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt und zwischenzeitlich in einer Auflage von mehr als 10.000 Exemplaren versendet wurde. Die Publikation findet sich im Internet unter [http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Islamforum/Muslimische_Kinder%20\(1\).pdf](http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Islamforum/Muslimische_Kinder%20(1).pdf).



Auch das Islamforum NRW hat sich in 2005 auf einen entsprechenden Text verständigt, der im 1. Halbjahr 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird. Die in 2005 neu konstituierten Foren in Bayern und Berlin haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, regelmäßig zusammentreten zu wollen. Besonders erfreulich ist es, dass mit Ausnahme des Deutschen Islamforums alle Islamforen eigene Strukturen entwickelt haben und vor Ort geplant und durchgeführt werden.

Die Arbeit der Islamforen ist in 2005 in einer ausführlichen Publikation von Jürgen Micksch „Islamforen in Deutschland: Dialoge mit Muslimen“ dokumentiert und bilanziert worden. Sie kann über die Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates bezogen werden.

5. Interreligiöser Dialog

a) Abrahamische Jugendtagung vom 17. bis 19. Juni in Arnoldshain

Jüdische, christliche, muslimische und Baha'i-Jugendliche wollen gemeinsam in Schulen gehen, um über ihre Religionen zu informieren und für ein friedliches Miteinander einzutreten. Solche Abrahamischen Jugendteams sollen über den Interkulturellen Rat in Deutschland angefordert werden. Das war das wichtigste Ergebnis des 2. Abrahamischen Jugendforums, das vom 17. bis 19. Juni 2005 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain stattfand. 32 jüdische, christliche, muslimische und Baha'i-Jugendliche haben sich mit dem Antisemitismus und der Islamophobie befaßt, die in Deutschland seit Jahren zunimmt. In Referaten, Diskussionen, Arbeitsgruppen und bei Gebeten stand die Frage im Vordergrund, wie diesen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann. Die Jugendlichen kamen aus dem ganzen Bundesgebiet und gehörten unterschiedlichen Gruppierungen an. Neben der Einrichtung Abrahamischer Jugendteams wurde vorgeschlagen, ein Abrahamisches Jugendforum Rhein-Main einzurichten. Das 3. Abrahamische Jugendforum wird vom 23.-25. Juni 2006 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain stattfinden.

b) Abrahamisches Forum und Abrahamische Teams

Im Abrahamischen Forum in Deutschland arbeiten Persönlichkeiten aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, DITIB und anderen zusammen. Das Abrahamische Forum traf sich im Berichtszeitraum zweimal und erörterte interreligiöse Fragestellungen und die Arbeit Abrahamischer Teams.

Die Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams (Dreier-Teams mit je einem/er Vertreter/in des Judentums, Christentums, Islam) in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erfreuten sich auch in 2005 großen Zuspruchs. Insgesamt konnten 25 Veranstaltungen mit etwa 1.500 Teilnehmern/innen in Schulen, Universitäten, Kirchengemeinden und an anderen Orten ermöglicht werden.

c) Interreligiöser Arbeitskreis

Dem Interreligiösen Arbeitskreis gehören Repräsentanten/innen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, des Zentralrates der Juden in Deutschland, des Zentralrates der Muslime in Deutschland, der Deutschen Buddhistischen Union und des Nationalen Geistigen Rates der Baha'i und andere an. Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit lud der *Interkulturelle Rat* wie in den Vorjahren zu einer Interreligiösen Feier am 2. Oktober 2005 ein. Die Feier wurde in Zusammenarbeit mit örtlichen Gruppen organisiert und fand in der Griechisch-Orthodoxen Metropole in Bonn statt. Eine gemeinsame Erklärung der Religionsgemeinschaften unter dem Titel „Für



ein Ethos der Wahrhaftigkeit wurde veröffentlicht. Sie ist unter der Adresse http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Interreligioeser_AK/Erkl%E4rung-Endfassung-250805.pdf im Internet einzusehen.

6. Informationsarbeit

In seinen *Infoblättern* informiert der *Interkulturelle Rat* in unregelmäßigen Abständen über die Arbeit in den einzelnen Projekten. Im Jahr 2005 wurden insgesamt drei *IR-Infoblätter* veröffentlicht und per E-Mail versandt. Auch auf der Homepage des *Interkulturellen Rates* sind unter www.interkultureller-rat.de weitere Informationen über Veranstaltungen, Projekte, Veröffentlichungen und Pressemitteilungen einzusehen.

7. Geschäftsstelle

Im Mai 2005 hat Adina Hovancsak die Geschäftsstelle des *Interkulturellen Rates in Deutschland* verlassen. Der Arbeitsvertrag von Adina Hovancsak, die im Rahmen der XENOS-Förderung u.a. als Verwaltungssachbearbeiterin tätig war, konnte nach Ablauf der Förderung zum 31. Dezember 2004 nur noch bis zur endgültigen Abrechnung des Projekts verlängert werden. Wir bedanken uns bei Frau Hovancsak für die langjährige und hervorragende Arbeit, die sie für den *Interkulturellen Rat* geleistet hat. Seit Mai 2005 ist Dorothee Nikolaus in der Geschäftsstelle im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung mit der Verwaltung und mit der Abwicklung der Einsätze Abrahamischer Teams betraut. Seit März 2005 betreut Irmel Meier für die Groeben-Stiftung im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung in der Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates das Projekt „Deutsches Islamforum“. Seit August 2005 engagiert sich darüber hinaus Sina Hatzfeld im Rahmen eines einjährigen Praktikums beim Interkulturellen Rat.

8. Danksagung

Der *Interkulturelle Rat in Deutschland* bedankt sich bei allen Organisationen und Einrichtungen, die ihn im Jahre 2005 unterstützt haben. Dabei handelt es sich um das Bundesministerium des Innern, die Groeben-Stiftung, den Fonds zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, die IG-BCE, die IG-Metall und PRO ASYL. Des weiteren wurde die Projektarbeit des Interkulturellen Rates im Berichtszeitraum durch die finanzielle Unterstützung folgender Einrichtungen ermöglicht: Deutscher Fußball-Bund, Westdeutscher Rundfunk, Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger, Deutscher Gewerkschaftsbund, Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, Deutscher Bundesjugendring, Lions-Clubs International, Verband binationaler Familien und Partnerschaften sowie durch Mittel, die uns die Förderinnen und Förderer des *Interkulturellen Rates* dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben.